G7 gibt grünes Licht für Ukraine-Darlehen

Beim G7-Gipfel in Italien beschlossen die Mitgliedsländer, der Ukraine ein Darlehen in Höhe von 50 Milliarden Dollar zu gewähren. Dieses Darlehen soll der Ukraine helfen, Waffen zu kaufen und beschädigte Infrastruktur wieder aufzubauen. Der Zeitpunkt könnte kaum entscheidender sein – Russland hat auf dem Schlachtfeld aktuell die Oberhand.

Das Darlehen soll durch Zinsen auf fast 300 Milliarden Dollar eingefrorener russischer Vermögenswerte zurückgezahlt werden, die sich größtenteils in europäischen Banken befinden.

Langfristige Sicherheitsabkommen

Präsident Biden unterzeichnete zudem ein zehnjähriges Sicherheitsabkommen mit der ukrainischen Regierung. Dies zeigt die langfristige Verpflichtung der USA gegenüber der Ukraine und soll eine Brücke zur NATO-Mitgliedschaft der Ukraine bilden. Auch Japan schloss ein zehnjähriges Sicherheitsabkommen mit der Ukraine, das eine Zusage von 4,5 Milliarden Dollar umfasst.

Separat trafen sich die NATO-Verteidigungsminister in Brüssel, um zusätzliche Waffenlieferungen an Kiew zu versprechen. Sie bereiten auch langfristige militärische Verpflichtungen vor, die nächsten Monat bei einem Gipfel in Washington bekannt gegeben werden sollen. Ein Vorteil für die Ukraine: Ungarn wird sich nicht an den Kriegshilfen des Militärbündnisses beteiligen, diese aber auch nicht blockieren.

Bidens Strategie und politische Dimensionen

Das Sicherheitsabkommen ist Bidens jüngster Versuch, die Alliierten davon zu überzeugen, dass die USA die Ukraine weiterhin unterstützen werden – selbst wenn Donald Trump im Herbst die Präsidentschaft gewinnt. Aber das Abkommen könnte sich als kurzlebig erweisen, da es eine Klausel enthält, die es beiden Seiten ermöglicht, es mit einer Frist von sechs Monaten zu kündigen.

G7-Gipfel: Politische Herausforderungen der Staatschefs

Die meisten G7-Staatschefs kamen angeschlagen und mit innenpolitischen Problemen zum Gipfel. Viele von ihnen stehen vor Wahlen, die ihre Positionen schwächen könnten.

US Supreme Court: Zugang zu Abtreibungspille bleibt bestehen

Entscheidung zugunsten der Abtreibungsbefürworter

Der Oberste Gerichtshof der USA bestätigte den breiten Zugang zu Mifepriston, einer weit verbreiteten Abtreibungspille, und lehnte damit den Antrag von Abtreibungsgegnern und Ärzten ab, die Zulassung des Medikaments rückgängig zu machen. Die einstimmige Entscheidung ist ein schwerer Schlag für die Anti-Abtreibungsbewegung, die aggressiv das Ende aller Abtreibungen im Land anstrebt.

Diese Entscheidung bedeutet, dass der Zugang zur medikamentösen Abtreibung – der bei weitem am häufigsten verwendeten Methode in den USA – vorerst bestehen bleibt. Es ändert jedoch nichts daran, dass medikamentöse Abtreibungen in den 14 Staaten mit nahezu vollständigen Abtreibungsverboten weiterhin eingeschränkt sind.

Autonomes Fahren in China: Fortschritte und Herausforderungen

China an der Spitze der Entwicklung

Kein Land testet autonome Fahrzeuge so intensiv wie China, und die Regierung unterstützt dies. Neben der Einrichtung großer Testbereiche auf öffentlichen Straßen begrenzen Zensoren die Online-Diskussionen über Sicherheitsvorfälle und Unfälle, um öffentliche Ängste vor der Technologie zu zügeln.

WEITERE WICHTIGE NACHRICHTEN

Russland: Die Staatsanwaltschaft hat die Anklage gegen Evan Gershkovich, den inhaftierten amerikanischen Journalisten, abgeschlossen, der wegen Spionage angeklagt ist und nun vor einem Gericht erscheinen wird.

Frankreich: Präsident Emmanuel Macrons Entscheidung, Neuwahlen auszurufen, führte zu großen Spaltungs-Problemen bei der Rechten, bisher ungekannter Einigkeit auf der Linken und Verwirrung in der Wählerschaft.

Libanon: Israel und die Hisbollah tauschten den zweiten Tag in Folge grenzüberschreitende Angriffe aus, was die Angst vor einer weiteren Kriegsfront verstärkt.

Klima: Neue Forschungsergebnisse zeigten, dass Eisbären in der südlichen Hudson Bay in Kanada bereits in den 2030er Jahren wegen schwindenden Meereises aussterben könnten.

Unter dem Meer: Das Wrack von Ernest Shackletons letztem Schiff, der Quest, wurde diesen Monat vor Kanada gefunden.

Tesla: Die Aktionäre des Elektroautoherstellers bestätigten eine Vergütung von mehr als 45 Milliarden Dollar für Elon Musk, was einen Richter dazu bringen soll, die bisher blockierte Zahlung wieder zu genehmigen.

Darum haben sich die G7-Länder so eindeutig für die Ukraine entschieden: Der Wille, Stabilität und Frieden in Europa zu fördern, spielt sicherlich eine große Rolle – die geopolitischen Implikationen sind enorm. Die kommenden Monate werden zeigen, wie sich diese Maßnahmen auf den Konflikt und die globale Politik auswirken.